

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

8. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Freitag, 11.11.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Videokonferenz

Anwesend sind:

Frau Katja Zimmermann	Grüne
Herr Daniel Schwarz	SPD
Frau Deniz Seyhun	DIE LINKE
Herr Samiullah Haidary	DIE LINKE
Frau Mandy Losse	CDU
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD
Frau Irene Stephani	JHA BD
Herr Sascha Mase	JHA BD
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD
Herr Dustin Beer	beratendes Mitglied
Herr Falko Krause	beratendes Mitglied
Frau Monika Fabri	beratendes Mitglied

Beratende Mitglieder aus dem Bezirksamt:

BzStR Christoph Keller
Monika Goral
Marcus Lehmann

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Die Einladung ist fristgemäß zugegangen. Die Tagesordnung wird ergänzt um den TOP 4 „Gesamtstädtische Mittel im Rahmen der Anschubfinanzierung durch das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz“. Die Tagesordnung wird mit der Änderung einstimmig beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Protokolle der 6. Sitzung vom 01.09.2022 und der 7. Sitzung vom 20.09.2022

Das Protokoll der 6. Sitzung vom 01.09.2022 liegt noch nicht vor.
Das Protokoll der 7. Sitzung vom 20.09.2022 wird geändert, bei der Verordneten Hiro Hajo handelt es sich um Frau Hiro Hajo, nicht wie im Protokoll vermerkt um Herrn Hiro Hajo.
Das Protokoll wird mit dieser Änderung einstimmig beschlossen.

**zu 3 Mitteilungen
zu 3.1 der JHA-Vorsitzenden**

Die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen vertagt die Drucksache 0538/VI auf die nächste Sitzung.

Es fehlt weiterhin ein stimmberechtigtes Mitglied von den Jugendverbänden. Bisher ist hier auch keine Bewerbung eingegangen. Die Vorsitzende bittet die Teilnehmenden in ihrem Bekanntenkreis für die Teilnahme als stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss zu werben.

Für die Sitzung am 01.12. wird angekündigt, dass dort die Themensammlung ergänzt wird, um eine Themenplanung für 2023 vornehmen zu können.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Herr Keller kündigt an, dass er in der kommenden Sitzung ausführlich über die konzeptionelle Änderung der Finanzierung der bezirklichen Erziehungs- und Familienberatungsstellen berichten wird.

Frau Goral kündigt an, dass die Nachfrage zum BAföG aus der letzten Sitzung schriftlich beantwortet und versandt wird.

zu 4 Gesamtstädtische Mittel im Rahmen der Anschubfinanzierung durch das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz

Über das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz werden dem Jugendamt weitere gesamtstädtische Mittel im Rahmen der Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt. Die Mittel belaufen sich auf 265.000 €, mit denen vier Projekte gefördert werden können. Das Jugendamt wurde von der SenBJF aufgefordert, bis zum 30.11.2022 ein Kurzkonzept einzureichen. Ausgehend vom aktuellen Jugendförderplan sind insbesondere die Stärkung mittlerer und größerer Einrichtungen in der Angebotsform 1 sowie der Ausbau der Angebotsform 2 durch regionale Projekte als Priorität gesetzt. Konkret beinhaltet das Konzept des Jugendamtes je eine neue VZÄ für die drei großen Jugendfreizeiteinrichtungen (Haus der Jugend, Werk 9 und Zille-Club) und ein zusätzliches Projekt in der Angebotsform 2 in der Region 4, das „Mad Max“ Projekt. Ergänzend dazu wird in der Region 4 die Schwerpunktbildung Medienpädagogik mit überregionaler Wirkung im Haus der Jugend mit dem Aufbau der neuen VZÄ verknüpft. Das bedeutet eine qualitativ deutliche Verbesserung der Angebote im Wedding und dass der Ausbau dieses

Medienschwerpunktes und die Stellenerweiterung konzeptionell zusammengedacht werden.

zu 5 Aktuelle Viertelstunde

Es gibt keine Fragen aus den Fraktionen.

Die Bürgerdeputierte Depil hat eine Frage: In der letzten Legislatur hat der JHA sich eingehend mit der Frage beschäftigt, warum das Jugendamt keinen Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete hat, so es sich bei diesen nicht um LAF-Einrichtungen handelt und eine Stellungnahme dazu beschlossen. Der JHA hat bisher keinen Rückbericht vom Jugendamt erhalten, ob sich in diesen Fällen eine Veränderung ergeben hat. Frau Depil fragt nach, ob es möglich ist, jetzt dazu zu berichten und bittet andernfalls, dass der Bericht spätestens in der kommenden Sitzung erfolgt.

Laut Frau Goral hat sich seit der letzten Legislatur die Situation verändert und sie schlägt vor, zur kommenden Sitzung in den Mitteilungen umfangreich zu berichten. Der Vorschlag wird angenommen.

Es gibt keine weiteren Fragen der Bürgerdeputierten.

zu 6 Berichterstattungen aus den AGen nach §78

Es gibt keine Berichte aus den AGen nach §78.

zu 7 Kinder- und Jugendgerechterer JHA

Frau Zimmermann stellt die Beschlussvorlage zu einem Kinder- und Jugendgerechteren JHA vor.

Frau Depil fragt nach, ob die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen immer über das Kinder- und Jugendbüro Mitte gehen soll, das KJBM also als die Instanz fungiert, die Fragen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen vorsortiert und mit dem Jugendamt oder den betroffenen Institutionen vorbespricht. In diesem Zusammenhang schließt Frau Depil die Frage an, ob das Vorhaben, dass bereits in der folgenden JHA-Sitzung eine Rückmeldung an die Kinder und Jugendlichen folgen soll („sofortige Rückmeldung“), nicht etwas zu ehrgeizig ist. Wie kann hier sichergestellt werden, dass sich der Ausschuss nicht einerseits mit allen möglichen Fragen befassen muss und andererseits die Kinder und Jugendlichen nicht enttäuscht werden?

Frau Zimmermann entgegnet, dass der Passus „junge Menschen erhalten eine sofortige Rückmeldung“ durchaus gestrichen werden kann. Wichtig ist aber, dass es nicht dazu kommt, dass jungen Menschen eine Rückmeldung zugesagt wird und sie diese dann nicht erhalten. Allgemein geht es der erstellenden Arbeitsgruppe in der Beschlussvorlage darum, Kinder und Jugendliche öffentlichkeitswirksam und kind- und jugendgerecht über ihre Partizipationsrechte und

-möglichkeiten aufzuklären, sie zu ermutigen, ihre Themen in den JHA einzubringen und ihnen kurzfristig eine erste Rückmeldung gegeben sowie eine Ansprechperson zur Seite gestellt wird.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

zu 8 Kitaentwicklungsplanung

Frau Koch (Fachdienstleitung Kindertagesbetreuung) präsentiert den KEP (Kitaentwicklungsplan).

Frau Nolting merkt an, dass die Einrichtung heilpädagogischer Gruppen für schwer mehrfach behinderte Kinder dem Inklusionsgedanken widerspricht, da es für die Kinder dort keine sozialen Kontakte zu nicht-behinderten Kinder gibt und sie ausschließlich auf die Zuwendung und Unterstützung durch Erwachsene angewiesen sind.

Frau Koch entgegnet, dass Inklusion das oberste Ziel ist. Jedes Kind, egal mit welcher Beeinträchtigung, soll in eine KiTa gehen. Es gibt derzeit aber Kinder, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung in keiner KiTa in Mitte adäquat betreut werden können. Es gibt in ganz Berlin zu wenig heilpädagogische Gruppen und in Mitte keine einzige. Ziel in Mitte ist es, heilpädagogische Gruppen, die in KiTas integriert sind, zu gründen und im Einzelfall zu prüfen, ob die Kinder von dort in die normalen KiTa-Gruppen wechseln können. Haupthindernis zur Einrichtung solcher Gruppen ist bisher das Fehlen entsprechender Fachkräfte, nicht unbedingt die Finanzierung.

Frau Bierwirth ergänzt, dass die Alternative zur Einrichtung heilpädagogischer Gruppen wäre, dass die entsprechenden Kinder gar nicht in die KiTa gehen könnten.

Frau Bierwirth fragt an Frau Koch gerichtet, ob es bereits eine Zeitschiene zur Einrichtung der heilpädagogischen Fördergruppen in Mitte gibt. Frau Koch berichtet, dass sie momentan mit drei verschiedenen KiTa-Trägern im Gespräch ist und der Zeitrahmen davon abhängt, wie schnell Fachkräfte gefunden werden und wie schnell Umbauvorhaben in den Standorten umgesetzt werden können. Die erste Gruppe wird in der KiTa Pohlstraße entstehen. Hier sollen 4 Plätze eingerichtet werden, das erste Kind ist im November 2022 bereits aufgenommen worden. Nach optimistischer Einschätzung werden diese Plätze noch im Jahr 2023 eingerichtet sein.

Frau Derwenskus-Böhm fragt nach, wie es sich mit Kindern verhält, die über den B-Status hinausgehen und schon in den Einrichtungen sind – was weder für die einzelnen Kinder förderlich ist, da die Rahmenbedingungen nicht stimmen, noch für die restliche Gruppe bzw. die restlichen Bereiche. Ist es nach wie vor angedacht, diese Kinder extra zu fassen?

Frau Koch antwortet, dass sie sich bei diesen Kindern jeden Einzelfall mit der KiTa, dem Träger, den Therapeut*innen und den Eltern anschaut und guckt, welche Lösung es da geben kann. Lange Zeit war hier der B+-Status im Gespräch und die Bezirke bemühen sich, diesen immer wieder ins Gespräch zu bringen. Alleine eine höhere Finanzierung löst das Problem nicht. Von Trägerseite kann hier noch viel getan werden, zum Beispiel die Therapien, die das Kind ohnehin erhält,

direkt in der KiTa durchzuführen oder Räume zur Verfügung zu stellen, in denen das Kind sich zurückziehen kann. Frau Koch ist dazu und zu anderen Themen in regelmäßigem Austausch mit den anderen Bezirken und der Senatsverwaltung.

Frau Sauer mann fragt nach, was in Mitte getan wird, um in der Kindertagespflege den Rückgang der Kapazitäten aufzuhalten bzw. die Anzahl der Kindertagespflegeplätze wieder zu erhöhen. Dies ist auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass viele Tagespflegepersonen dazu ausgebildet sind, auch Integrationskinder zu betreuen. Frau Koch antwortet, dass momentan viele Personen in der Kindertagespflege altersbedingt ausscheiden. Es wurde bereits auf der Webseite veröffentlicht, dass dringend Tagespflegepersonen gesucht werden. Darüber hinaus wird über städtebauliche Verträge sichergestellt, dass geeignete Räume hinzukommen, sodass mindestens 35 neue Tagespflegeplätze entstehen werden. Das Problem betrifft ganz Berlin und die Bezirke arbeiten alle daran, dass keine weiteren Plätze abgebaut werden und neue Plätze entstehen. Bei den Integrationskindern besteht das Problem meistens darin, dass die Plätze in der Tagespflege bereits von Nicht-Integrationskindern besetzt sind, die diesen Platz nicht einfach freimachen können.

zu 9 Fortsetzung Diskussion Sprachfördergruppen (aus der Sitzung vom 29.09.2022)

Frau Depil hat basierend auf der Diskussion aus dem vergangenen JHA eine Beschlussvorlage erarbeitet und stellt diese zur Abstimmung. Der Titel wird geändert von „TOP 8 Sprachfördergruppen“ zu „Situation der Sprachfördergruppen im Bezirk Mitte verbessern!“

Die Forderung nach Berichten mindestens eines Zwischenstands noch vor den Sommerferien 2023 und folgend regelmäßig, wird in die Beschlussvorlage aufgenommen. Die Beschlussvorlage wird um den Satz „Dem JHA ist vor den Sommerferien 2023 und danach regelmäßig zu Ergebnissen zu berichten.“ ergänzt.

Herr Schwarz regt an, zum Bericht eine gemeinsame Sitzung von JHA und Schulausschuss zu organisieren, was positiv aufgenommen wird.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

zu 10 Verschiedenes

Frau Goral lädt die Mitglieder des JHA herzlich zum Feiern ihres Abschieds am 24.03.2023 im BVV-Saal ein. Eine schriftliche Einladung folgt.

Frau Goral gibt rückwirkend bekannt, dass seit dem 01.11.2022 der Wissenstransfer mit Herrn Lehman begonnen hat.

gez.
Zimmermann
Vorsitzende

David Cüppers
JugFamGes Ref 2
für das Protokoll